

BUCHBESPRECHUNGEN / BOOK REVIEWS

Almut Schilling-Vacaflor

Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2010, 290 Seiten, 49,- Euro, ISBN 978-8329-5982-1.

Die Autorin beschäftigt sich hauptsächlich mit der Durchführung des bolivianischen Verfassungsänderungsprozesses (2007 bis 2009) und der damit verbundenen Anerkennung der Rechte indigener Völker. Sie zeigt, wie rechtliche, politische und soziologische Herangehensweisen zusammenhängen, um ein komplettes Bild über die Gestaltung eines pluralistischen Staatsmodells in Bolivien aufzuzeigen. Die Gründung und Positionierung der indigenen Bewegung seit den 90er Jahren sowie das Beziehungsverhältnis zwischen indigenen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen in diesem Werk im Vordergrund. Nach der Verabschiedung der UN-Deklaration über Rechte indigener Völker hat sich die Diskussion über ihr Recht auf Selbstbestimmung weiter entwickelt. Man spricht nicht nur von Partizipations- oder Konsultationsrechten, sondern sogar auch von einem Zustimmungserfordernis bei Maßnahmen, die die Rechte indigener Völker betreffen können. In diesem Kontext ist der Beitrag von Schilling-Vacaflor besonders bedeutsam. Das Werk verdeutlicht uns, welche sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen die Anerkennung dieser Rechte in einer hoch polarisierten Gesellschaft wie der bolivianischen haben kann.

Nach einer Einleitung, in der die Autorin ihre Forschungsfrage sowie die in ihrer Studie angewandten Methoden vorstellt, folgen vier Kapitel und am Ende eine Zusammenfassung mit Ausblick auf zukünftige Entwicklungen.

Die Autorin versucht, das Rechtssystem aus der Perspektive der Gesellschaft und ihrer Akteure zu betrachten. Sie stellt sich die Frage, inwieweit die vorherige Verfassung Boliviens die Heterogenität der bolivianischen Gesellschaft wiederspiegelt hat und welche sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen die neue pluralistische Verfassung hervorrufen kann.

Im ersten Kapitel wird das Spannungsverhältnis zwischen dem Staat und indigenen Völkern dargelegt, wobei die Situation der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung (die im Fall Boliviens die Mehrheit darstellt) von der dominanten bzw. „nicht indigenen“ Gesellschaft besonders hervorgehoben wird. Das Kapitel beginnt mit einer ausführlichen Darlegung der bestehenden völkerrechtlichen Instrumente zum Schutz indigener Völker und einer zusammenfassenden Analyse des Selbstbestimmungsrechts von Minderheiten und indigenen Gruppen. Anschließend spricht die Autorin unterschiedliche Themenbereiche an, nämlich die Stärkung indigener Organisationen, Verfassungsreformen in Lateinamerika, die Bedeutung von indigener kultureller Identität sowie das Verhältnis verschiedener Staatsmodelle zu ethnischer Diskriminierung. Auch wenn diese Themen inhaltlich eng miteinander verbunden sind und den Kontext der Untersuchung beschreiben, wäre eine systematischere Anordnung wünschenswert gewesen. Man hätte beispielsweise den Abschnitt über „Staatsmodelle und Eth-

nische Diskriminierung“, in dem die Autorin den Unterschied zwischen monokulturellen und pluralistischen Staatsmodellen aufzeigt, durchaus in einem eigenen Kapitel behandeln können.

Im zweiten Kapitel werden insbesondere drei wichtige Bereiche thematisiert: Die Rolle der indigenen Organisationen in Bolivien, die Forderung nach politischer und rechtlicher Selbstregierung und die Verstaatlichungsprozesse unter der Regierung Morales.

Zunächst erwähnt die Autorin die ihrer Meinung nach drei wichtigsten indigenen Organisationsgruppen, deren Ziele und Interessen sich als unterschiedlich oder gar gegenläufig darstellen: Die ländlichen Gewerkschaften, die den Regierungsantritt Evo Morales stark unterstützt haben; die Organisationen der *Ayllus*, die eher durch traditionell-indigene Assoziierungsformen – anders als die gewerkschaftlichen Strukturen – organisiert sind, und die indigenen Tieflandorganisationen, die die Minderheit in ihren Regionen darstellen und sich mittlerweile von der Regierung Evo Morales distanzieren haben. Besonderes positiv hervorzuheben ist, wie gründlich sich die Autorin mit der Dichotomie zwischen indigenen und westlichen politischen Systemen auseinandersetzt.

Danach behandelt die Autorin die Forderungen indigener Völker nach politischer und rechtlicher Selbstregierung sowie nach der Veränderung der staatlichen Gewalten, um die Schaffung eines plurinationalen Staates in Bolivien zu erreichen. Dieses Kapitel ermöglicht es dem Leser, die Konflikte und den Antagonismus innerhalb des indigenen Sektors während der von der Autorin beschriebenen Vorbereitung der neuen Verfassung besser nachzuvollziehen.

Lesenswert ist schließlich auch der Teil über den Verstaatlichungsprozess im Erdgasbereich. Man findet einen Überblick über die bolivianische Erdgaspolitik seit den 50er Jahren und eine kritische Analyse der Verhandlungen zwischen der Regierung Evo Morales und transnationalen Unternehmen. Allerdings ist nicht eindeutig zu erkennen, warum die Autorin dieses Thema in diesem Kapitel behandelt, da die Verstaatlichungen primär eine Folge der damaligen Sozialkrise war. Die spannende Frage, welche Rolle indigene Gruppen oder das Recht indigener Völker bei diesen Verstaatlichungsprozessen spielten, wird dagegen kaum untersucht.

Der Schwerpunkt empirischer Sozialforschung – und gleichzeitig der sicherlich innovativste Teil dieses Werkes – liegt im nachfolgenden dritten Kapitel. Dieses enthält eine großartige Beschreibung der internen und externen Szenarien der verfassungsgebenden Versammlung. Die Polarisierung zwischen oppositionellen Gruppen und den Anhängern der Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*) wird in diesem Teil so ausführlich dargestellt, dass man sich fühlt, als wäre man selbst in der Generalversammlung anwesend. Die von der Autorin durchgeführten Interviews zeigen die sozialen Spannungen in dieser Zeit sehr gut auf und vermitteln daher ein besseres Verständnis für die darauffolgenden zum Teil gewalttätigen Konfrontationen.

Im letzten Kapitel beschreibt und analysiert die Autorin die neue Verfassung Boliviens. Sie betont die Verankerung von Rechten indigener Völker auf den Erhalt ihrer eigenen kulturellen Identität und traditionellen Institutionen, die auf die gleiche Ebene mit generellen

staatlichen Strukturen gestellt worden seien. Darüber hinaus fasst die Autorin auch sonstige wichtige Neuerungen der Verfassung von 2009 zusammen, beispielsweise in Bezug auf internationale Beziehungen, Gewaltenteilung und das neue Wirtschaftsmodell, und erklärt anhand dieser Verfassung kurz den Begriff des „Neuen Konstitutionalismus Lateinamerikas“.

Die zentrale Frage des Buches ist, inwieweit die frühere Verfassung Boliviens die Heterogenität der bolivianischen Gesellschaft wiedergespielt hat und welche sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen die neue pluralistische Verfassung hervorrufen kann. Zur Auswertung der erhobenen Daten wendet Schilling-Vacaflor in ihrer Arbeit den Ansatz der „*Grounded Theory*“¹ an, um aus der Analyse dieser Daten und der gegenwärtigen sozialen Umstände ihre Hypothesen und Theorien zu entwickeln. Im Verlauf ihres Werkes bemerkt man die Ergebnisse einer gründlichen Feldforschung, die Interviews mit indigenen Vertretern, Akademikern, Abgeordneten der verfassungsgebenden Versammlung und anderen politischen Persönlichkeiten umfasst.

Sehr interessant ist auch die Anwendung des von Michel Foucault entwickelten Ansatzes der „kritischen Diskursanalyse“.² Am Ende nimmt die Autorin einen letzten Ansatz in Anspruch, nämlich die Analyse der Kommunikationsbeziehungen zwischen verschiedenen Sektoren der bolivianischen Gesellschaft, die auf der Habitus-Theorie von Pierre Bourdieu beruht.³

Schilling-Vacaflor stellt sich dazu die folgende drei Forschungsfragen:

- Welche Forderungen stellen die indigenen und gewerkschaftlichen Organisationen bezüglich der neuen Verfassung und in welchem Kontext stehen diese?
- Welche Faktoren sind für die Annahme/Ablehnung der Forderungen der indigenen und gewerkschaftlichen Organisationen entscheidend?
- Welche Charakteristika zeichnen die neue bolivianische Verfassung im Vergleich zu der vorhergehenden aus?

In Bezug auf die erste Frage befasst sich die Autorin zunächst mit einer Reihe von Organisationen, die sich selbst ausdrücklich als „indigen“ bezeichnen. Dies müsse im Kontext zu

- 1 Die Autorin spricht von „*Grounded Theory*“, unter anderem, als die Möglichkeit „relativ offen auf das Forschungsfeld zuzugehen und die konkrete Forschungsfragen, Hypothesen und Theorien dem jeweiligen Kontext und Forschungsstand anzupassen, anstatt mit einem rigiden Forschungsdesign an die Praxis heranzugehen und die vorgefundene Realität in die Theorie „hineinzupressen“. Siehe Seite 24.
- 2 Die Autorin erklärt diese Methode als die Hinterfragung von Diskursen, indem man versucht, die Ideologien, Werte, Selbst- und Fremdbilder, politische und wirtschaftliche Ausrichtung herauszufinden. Siehe Seite 25.
- 3 Für ein besseres Verständnis darüber, was mit der Habitus-Theorie gemeint ist, zitiere ich die von der Autorin erarbeitete Erklärung: „Nach Pierre Bordereau sind Kommunikationsbeziehungen auch Beziehungen der symbolischen Macht. In diesem Zusammenhang spielen der linguistische Habitus und das linguistische Kapital eine zentrale Rolle. Der linguistische Habitus ist sozial konstruiert, unterscheidet sich je nach Schicht, Gender und ethnischer Zugehörigkeit und bezeichnet die Neigung, bestimmte Kommunikationskompetenzen (z.B. die grammatikalisch korrekte Sprache). Das linguistische Kapital bezeichnet die Zuschreibung von Wert für bestimmte Formen zu sprechen, die Kontext und situationsspezifisch unterschiedlich sein können“. (Siehe Seiten 150, 151).

einer insbesondere vom oppositionellen Sektor vorgebrachten Kritik gesehen werden, der von einer „fehlenden Reinheit“ indigener Völker spreche, die mittlerweile einen überwiegend westlichen Lebensstil angenommen hätten. In diesem Kontext ist die Autorin der Meinung, „Indigenität“ verlange nicht unbedingt eine traditionelle Lebensweise, sondern beziehe sich eher auf einen Bevölkerungssektor, dessen System dynamisch und, nach der Meinung der Autorin, „in den letzten 500 Jahren insbesondere durch Beziehungen zur dominanten Gesellschaft geprägt“⁴ ist. Vor diesem Hintergrund stellt die Autorin die verschiedenen politischen Ausrichtungen und Weltanschauungen indigener bzw. gewerkschaftlicher Organisationen dar, ohne sie als „mehr“ oder „weniger“ indigen einzustufen. In diesem Zusammenhang stellt sie fest, dass je nach Region – Hochland oder Tiefland – die Forderungen indigener Völker anders sind und erklärt diese Differenzierung präzise und anschaulich.

Um die zweite Frage zu beantworten, setzt sich die Autorin mit den Schwierigkeiten während des Implementationsprozesses der neuen Verfassung auseinander. Themenbereiche wie die Schaffung von indigenen Autonomien, die Umverteilung des Landbesitzes und das von den indigenen Gemeinschaften angestrebte Eigentum über nicht-erneuerbare Ressourcen sind im Werk als die konfliktreichsten Aspekte bezeichnet. Sie legt dar, dass nach der Regierungsübernahme Evo Morales die gewerkschaftlichen Organisationen eher die Macht im Bereich der Zentralregierung behalten wollten als die Bestrebungen anderer indigener Sektoren zu unterstützen. Der ausgeübte Druck der Opposition in Tieflandregionen und die im Buch beschriebenen gewalttätigen Ereignissen in Sucre und Pando zählen als Ursache für die Einschränkung radikaler indigener Forderungen.

Die dritte Frage beantwortet die Autorin durch eine ausführliche Analyse der neuen Verfassung vor dem Hintergrund des „Neo-Konstitutionalismus“ in Lateinamerika. Dabei steht die Autorin vor der Herausforderung, die interdisziplinäre Forschung immer bewältigen muss, nämlich einen angemessenen Umgang mit der jeweils anderen Disziplin zu finden. Dabei gelingt ihre Beschreibung und Bewertung des Verfassungsrechts im Rahmen einer vorwiegend empirisch-soziologischen Studie mit kleinen Einschränkungen gut. Manchmal entsteht jedoch der Eindruck, dass sie leichtfertig von der „Anerkennung indigener Rechte in den internationalen Menschenrechten“⁵ spricht und beispielsweise ohne Nachweise oder weitere Begründung das Recht indigener Völker auf den Zugang zu Land als WSK-Recht bezeichnet.⁶

Im Ergebnis ist die Autorin der Meinung, dass die neue Verfassung Boliviens ein positives Beispiel für die Gründung eines neuen pluralistischen Staatsmodells sei, das die Interessen der bolivianischen indigenen und nicht-indigenen Bevölkerung gut widerspiegelt. Diese These wird durch einen interessanten Blick der politischen Geschichte Boliviens ab Mitte des 20. Jahrhunderts sowie mit den Ergebnissen der empirischen Forschung gut begründet. Bemerkenswert ist das von der Autorin entwickelte Argument über die falsche Auffassung der

4 S. 179.

5 S. 247.

6 S. 31.

Rechte indigener Völker als „Sonderrechte“, denn ihrer Ansicht nach gehe es eher „um die Implementierung der gleichen Rechte, jedoch auf kultur-spezifische Weise“.⁷ In ähnliche Richtung geht die Kritik, dass man sich als Leser, der mit bolivianischer Geschichte nicht im Detail vertraut ist, eine Begründung oder Erklärung dafür, warum eine Partei⁸ oder ein Politiker⁹ als „faschistisch“ bezeichnet wird, gewünscht hätte.

Die Darstellung indigener Völker als „politische Akteure“ sowie die Auseinandersetzung mit indigenen Konzeptionen von Macht und Politik ist gut gelungen. Das Thema kollektiver Rechte indigener Völker zieht sich durch das gesamte Buch. Gleichzeitig wird der Bedarf weiterer Forschung erkennbar, insbesondere im Hinblick auf die sozialen Konsequenzen und potentiellen Konflikte der Implementierung einzelner umstrittener kollektiver Rechte, wie z.B. Landrechte oder das Recht auf Konsultation indigener Völker.

Das Werk erscheint, trotz der aufgezeigten Schwächen, als eine methodisch wie theoretisch fundierte und innovative Untersuchung. Grundsätzlich positiv fällt weiter auf, dass die Autorin ihre Wertungen klar als solche zum Ausdruck bringt und nicht versucht, diese hinter einer scheinbar objektiven Analyse zu verstecken. An einigen Stellen wäre es dennoch wünschenswert, wenn sich die Autorin ernsthafte mit Gegenargumenten auseinandergesetzt hätte.

Das Buch verfügt über ein wohlsortiertes Literaturverzeichnis, wobei auch lateinamerikanische Autoren einbezogen sind. Die Beherrschung der spanischen Sprache in der Ausarbeitung von Interviews und Daten ist ersichtlich.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Monographie eine interessante Perspektive der gegenwärtigen Konsolidierung pluralistischer Staatsmodelle in Lateinamerika am Beispiel Boliviens anbietet. Jedenfalls aus der Sicht des interdisziplinär interessierten Rechtswissenschaftlers, der sich mit Lateinamerika beschäftigt, ist das Buch „Recht als umkämpftes Terrain“ spannend zu lesen und insgesamt sehr zu empfehlen.

Maria Victoria Cabrera, Göttingen

7 S. 177.

8 S. 194.

9 So drückte sich auch die Autorin in Bezug auf den Anführer der „*Union Juvenil Cruceñista*“ aus: „Die größte und älteste dieser Gruppen war die *Union Juvenil Cruceñista* (UJC) aus Santa Cruz, die 1957 von einem bekannten Faschisten aus Santa Cruz gegründet wurde: Carlos Valverde Barbery.“ Siehe Seite 194.